

Kurstadt-Spitzen



Geschwätz von gestern

Politik ist ein kurzlebiges Geschäft, oft ist es nötig, um der Wählergunst willen das eigene Rückgrat um 180 Grad zu verdrehen, denken Sie nur an die Kanzlerin in der Atomfrage. Um die Glaubwürdigkeit zu behalten, ist es dabei allerdings zugleich nötig, klar zu machen, dass die anderen auch nicht besser sind oder – und das ist die ganz hohe Kunst der Politik – den Sinneswandel einleuchtend zu erklären. Das Paradebeispiel dafür ist Ex-Bundeskanzler Konrad Adenauer, der den vielzitierten Satz sprach: „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern, nichts hindert mich, weiser zu werden.“ Doch nicht nur der erste Kanzler der Bundesrepublik beherrscht das, auch der Baden-Badener Grünen-Stadtrat Günter Seifermann ist ein Grandseigneur der Politik.

Erregte sich anfangs der Woche im Gemeinderat doch sehr darüber, dass die Stadt, um Kosten zu sparen, die Bestattungs- und Pflegeleistungen nicht mehr an private Betriebe vergeben möchte, sondern selbst ausführen will. So einfach gehe das nach mehr als 20 Jahren nicht, die Betriebe bräuchten doch Sicherheit. Als die gegenteilige Entscheidung 1997 getroffen wurde – nämlich die Leistungen in private Hand zu geben – klang das bei Seifermann, damals noch in Reihen der SPD, so: „Die gewinnbringenden Teile des Bestattungswesens übernimmt die Genossenschaft, während die immer defizitär bleibenden Bereiche bei der Stadt bleiben und für immer höhere Gebühren sorgen.“ Er bezweifelte, dass sich die Verwaltung um bürgerfreundlichere Bestattungssituation bemüht habe und kritisierte, dass die Verwaltung „nur vermutete“, dass sich mehr Flexibilität einstelle (BT vom 3. Juni 1997).

20 Jahre, vier Monate und exakt drei Wochen später, bemängelt er im BT-Gespräch, dass zu viel Flexibilität verloren gehe, wenn die privaten Bestatter ausgebootet werden. Also was ist denn nun mit dem Geschwätz von gestern? Antwort: Gestern ist nicht heute und „man lerne nie aus“. Und außerdem war die Situation damals eine ganz andere. Die Stadt musste damals dringend Geld sparen, sagt Seifermann. Zuallererst sei es ihm aber darum gegangen, dass das städtische Hausrecht nicht abgegeben werde. Das Problem sei inzwischen geklärt: Deshalb könne das Ganze in den Händen der Privaten bleiben. Und was war noch mal mit den höheren Kosten? Da bezweifelt Seifermann heute wohl, dass es in Händen der Stadt viel billiger würde. In einem Antrag fordert er von der Stadt ein Wirtschaftsprüfungsgutachten ... Und außerdem gehe es ja hier auch darum, die Gärtnerbetriebe der Kurstadt, und somit auch Arbeitsplätze, zu retten. Befürchteten doch die Gärtner sowohl wirtschaftliche als auch personell negative Auswirkungen. Das mag sein, kann allerdings nicht bis in alle Ewigkeit als Argument gelten, höchstens dafür, den Betrieben noch eine Übergangsfrist zu gewähren. So viel Verantwortung muss die Stadt zeigen, mehr aber auch nicht.

Also, lange Rede, kurzer Sinn: Lieber Herr Seifermann. Vielleicht hatten Sie damals recht, und wohlmöglich haben Sie es auch heute. Denn da stimmt Ihnen wohl jeder zu: Gestern ist nicht heute. Allerdings hat diese Erkenntnis auch ein wenig den Beigeschmack vom Fähnchen im Wind. Und den braucht ja in unseren populistischen Zeiten kein Politiker mehr, oder? Deshalb bleiben Sie doch lieber beim Bewährten: „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern, nichts hindert mich, weiser zu werden.“ Das hat schon bei ganz anderen funktioniert. **Florian Kreckel**

Kommunalpolitik in Kürze

CDU: Tempo 20 in Ooser Hauptstraße

Baden-Baden (red) – Die CDU im Gemeinderat will, dass die Ooser Hauptstraße nach der Sanierung des Stadtteils zu einer Gemeindestraße zurückgestuft wird. Zudem soll dort ein geschwindigkeitsreduzierter Einkaufsbereich entstehen, bei dem Tempo 20 als Höchstgeschwindigkeit zugelassen ist. „Die Ooser Hauptstraße soll nicht mehr wie bisher als zentrale Durchfahrtsstraße dienen“, heißt es in dem Antrag von CDU-Stadtrat Sven Jäger an Oberbürgermeisterin Margret Mergen. „Der dörfliche Charakter soll um die Kirche als Mittelpunkt des Stadtteils unterstrichen werden.“

hen, bei dem Tempo 20 als Höchstgeschwindigkeit zugelassen ist. „Die Ooser Hauptstraße soll nicht mehr wie bisher als zentrale Durchfahrtsstraße dienen“, heißt es in dem Antrag von CDU-Stadtrat Sven Jäger an Oberbürgermeisterin Margret Mergen. „Der dörfliche Charakter soll um die Kirche als Mittelpunkt des Stadtteils unterstrichen werden.“



Erst Schlange stehen, dann Suppe schlürfen

Schlange stehen für Fischsuppe: Elisabeth Blickle vom Kochverein Baden-Baden hatte gestern in der Wagener-Markthalle viel zu tun. Ihre Kollegen hatten Bouillabaisse gekocht, sie servierte die heiße Köstlichkeit an den Tischen. Zum mittlerweile zwölften Mal engagiert sich die muntere Truppe um Klaus Pfeiffer gemeinsam mit der Firma Wagener für die Aktion

„BT-Leser bereiten Weihnachtsfreude“. Der gesamte Umsatz der Aktion geht an die Initiative für bedürftige Baden-Badener. Die heiße Wohltat für Gaumen und Magen gibt es übrigens auch heute noch für zehn Euro pro Portion; ab 10 Uhr, solange der Vorrat reicht – und dazu ein Glas Wein für 2,50 Euro, spendiert vom Weingut Knapp. (zei)/Foto: Zeindler-Efler

G-20-Treffen: Stadt bleibt auf Kosten sitzen

585 000 Euro

Baden-Baden (hol) – Die Kurstadt bleibt auf den Kosten für Vorbereitung und Durchführung des G-20-Ministertreffens im März sitzen. Das wird aus den Unterlagen für den Gemeinderat deutlich, der am 23. Oktober einer außerplanmäßigen Ausgabe von knapp 585 000 Euro zustimmen soll. Die Sicherung der Baustelle auf dem Leo – während des Treffens war die Baugrube verschlossen worden – schlägt dabei mit 94 500 Euro zu Buche. Darüber hinaus sind unter anderem Kosten für Personal, Hallenmiete, Bürgerinformation und Verpflegung entstanden. Man habe bei Bund und Land um Kostenbeteiligung gebeten, heißt es. Dem sei aber nicht entsprochen worden.

„Die neue Welt der Rheinstraße“

Streit um Arvato-Bau / Gestaltungsbeirat: Viertel als „Ventil“ / Stadt will Rahmenplanung

Von Harald Holzmann

Baden-Baden – Schöne Architektur in der Innenstadt, Bürolöcher in der Rheinstraße? Das Gebiet zwischen Murgstraße und Schweigrother Platz gerät ins Visier der Verwaltung: Ein städtebaulicher Rahmenplan soll die künftige Entwicklung des Arealsteuern.

Anlass dafür ist das Bauvorhaben der Firma Arvato. Der fünfstöckige Neubau an der Murgstraße wird wie ein Schiffsbug direkt neben dem alten Forstamt in der Rheinstraße ragen. Wolfgang Riehle, Vorsitzender des Gestaltungsbeirats, stellte das Projekt am Donnerstag im Bauausschuss vor. „Wir haben gesagt, dass man es in Gottes Namen so

machen kann“, machte er klar, dass das Gremium nicht glücklich über die Planung ist. Er plädierte aber dafür, „denjenigen, die an der Prosperität der Stadt Anteil haben, auch Möglichkeiten für die Erweiterung zu geben“, begründete er das positive Votum des Beirats.

Riehle regte an, einen Masterplan in Angriff zu nehmen, um klar zu machen, wie es in der Weststadt weiter gehen soll. Es werde Veränderungen geben müssen, sagte er. „Sie werden das Niveau der Innenstadt nicht auch im Bereich der Rheinstraße halten können.“ Das Areal zur B 500 hin müsse für derartige Entwicklungen geöffnet werden. „Wir brauchen ein Ventil“, sagte er. So gesehen sei das Arvato-Bauwerk „der Auftakt in die neue Welt der Rheinstraße“.



Zukunftsweisend oder schlicht „potthässlich“? Am Arvato-Neubau in der Rheinstraße scheiden sich die Geister.

Dafür erntete er Widerspruch. „Das ist Großstadtarbeit“, sagte Martin Ernst (FBB). „Das trifft unsere Seele nicht.“ Er sprach von einer „totalen Katastrophe“. Werner Schmolz (SPD) bezeichnete das Gebäude

schlicht als „potthässlich“. Das könne nicht der künftige Maßstab für die Weststadt sein.

Baubürgermeister Alexander Uhlig betonte, es gehe „um eine Firma, die nicht ganz unmaßgeblich ist“. Auch Reinhilde Kailbach-Siegle (CDU) erklärte, als Frau der Wirtschaft sei es ihr wichtig, dass große Arbeitgeber und Ausbildungsbetriebe in der Stadt bleiben. Arvato ist mit etwa 1000 Jobs der größte private Arbeitgeber der Stadt und will, wie berichtet, ein Bürogebäude für 250 Arbeitsplätze und ein Parkhaus mit 190 Stellplätzen errichten.

„Wir werden einen städtebaulichen Rahmenplan erarbeiten, der deutlich macht, was in dem Gebiet künftig gehen soll und was nicht“, sagte Uhlig. Das Arvato-Projekt sei Anstoß, sich darüber Gedanken zu machen. CDU-Stadtrat Hansjürgen Schnurr begrüßte das. Es gehe um die Frage, wie sich das Viertel weiter entwickeln könne. „Wir müssen da neue Struktur reinbringen.“



Wegweisend für die künftige Weststadt-Architektur? Das Arvato-Parkhaus (links) an der Briegelackerstraße und der Büronneubau an der Murgstraße. Foto: AGP Generalplaner/Architekten

Verhörprotokolle offenbaren Details über Drogenhandel in Kurstadt

Prozess gegen Drogenlieferanten aus Baden-Baden fortgesetzt / Zeuge äußert sich nur sehr knapp

Baden-Baden (fk) – „Wenn man alles richtig macht, kann einem eigentlich nichts passieren“, war sich ein 25-Jähriger in einem Gespräch, in dem er vermeintlich Drogendeals mit einem Komplizen besprach, Anfang des Jahres sicher. Aus lauter Vorsicht benutzte er sogar mehrere Handys. Doch das nutzte alles nichts, die Polizei hatte das Auto verwandt und hörte über mehrere Wochen mit.

Die entstandenen Protokolle führten zu mehreren Verhaftungen und Verurteilungen in der Baden-Badener Drogen-

dealerszene. Die Aufnahmen wurden gestern bei der Verhandlung gegen den 25-Jährigen, den die Staatsanwaltschaft als eine Art Kopf und Lieferant vieler Kleindealer sieht, und dem sie Drogenhandel im großen Stil vorwirft, eingeführt.

Hauptzeuge war dabei ein Gastwirt aus Baden-Baden. Er bestätigte, dass Gespräche zwischen ihm und dem Angeklagten so stattgefunden haben, wie es die Protokolle wiedergeben. Darin ging es konkret um den Erwerb und den Verkauf von Drogen, über Gewinnspannen und Verteilungssysteme.

Es fielen Sätze seitens des Angeklagten wie „ich hole nicht nur zwei Kilo, ich hole zehn, kaufe ein für drei und verticke sie weiter für sechs“ oder zur Frage, was so rausbringe: „2200. Das läuft gut, andere schufteten dafür Monate.“

Bei weiteren abgehörten Gesprächen wird explizit über das Geschäftsgebahren der kleineren Dealer, welche die Drogen vermeintlich vom Angeklagten bezogen, gesprochen und es dreht sich um deren Festnahme durch die Polizei. Der Gastwirt äußert sich dazu nur knapp, kann sich an wenig er-

innern und sagt nur so viel, wie er muss, um selbst einer Anklage wegen Falschaussage zu entgehen. Ein anderer, bereits verurteilter Dealer macht als Zeuge keine Aussage, will aber nichts vom Angeklagten gekauft haben, ein weiterer Zeuge ist spurlos verschwunden und wird mittlerweile per internationalem Haftbefehl gesucht.

Den ganzen Tag über werden beim gestrigen Verhandlungstag weitere Abhörprotokolle verlesen und von der Polizei kommentiert: Mal geht es um Marihuana, mal um Kokain, mal wird Drogenbaron Pablo

Escobar, dann die italienische Mafia verherrlicht. Gegen einen Kleinstdealer, der festgenommen wurde, fallen in den abgehörten Gesprächen auch Morddrohungen, falls er aussagen sollte – ob ernst gemeint

oder nicht, sei dahingestellt. Es werden Beträge in fünfstelliger Höhe genannt, mal 38 000, mal 50 000 Euro.

Der Angeklagte schweigt seit dem ersten Prozessstag zu allem. Sein Verteidiger verschleppt das Verfahren oft durch minutenlange Nachfragen, auf die hin ihm Richter Wolfgang Fischer gestern entgegnete: „Wir führen hier alles ein, was sie wollen, wenn es denn unbedingt sein muss.“ Mindestens weitere vier Prozessstage – gestern war Tag fünf – sind bei dem Indizienprozess ohnehin angesetzt.

Zitat des Tages

In dieser Stadt wird doch bei jedem Geburtstag auf der Toilette etwas genommen.

Ein Baden-Badener Gastwirt im Zeugenstand.